

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 20.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:10 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören 235/2025	5
3. Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung 236/2025	6
4. Sachstandsbericht zu aktuellen Hochbaumaßnahmen 257/2025	7
5. Neubau Feuer- und Rettungswache Ennigerloh - Straßenbautechnische Erschließung - Vertrag zwischen Straßen.NRW, Stadt Ennigerloh und dem Kreis Warendorf 187/2025	10
6. Haushaltsplanberatungen 2026 234/2025	11

Anlagen

Anlage 1	Präsentation zu aktuellen Hochbaumaßnahmen
Anlage 2	Präsentation Amt 62 Entwicklung des Amtes
Anlage 3	Präsentation Amt 63 - Bauamt
Anlage 4	Präsentation Amt 66 - Straßenbau
Anlage 5	Beantwortung Wiederverwertung NovoCrete-Material bei Sanierung

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Altewische, Ulrich	
Austrup, Norbert	
Berkhoff, Henrich	
Beumker, Markus	
Große Vogelsang, Anja	
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula	
Hagemann, Christian	
Hütig, Frank	
Kühnel, Andreas	
Lindstedt, Alexandra	
Lorenz, Thomas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Lütke-Verspohl, Timo	
Rosenbaum, Ulf	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Thiel, Joachim	
Werdan, Sascha	
stellv. Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	Vertreter für Herrn Pomberg
Geppert, Jens	Vertretung für Herrn Hoppe
von der Verwaltung	
Borgstedt, Hendrik	
Doerr, Julia	
Funke, Stefan, Dr.	
Hackelbusch, André	
Hinrichs, Jens	
Ottmann, Michael	
Peitz, Sigurd	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Borgschulte, Christian	ohne Vertretung

Herr Luster-Haggeney eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 09.02.2026 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Und eine Nachlieferung vom 14.01.2026 übersandt wurde.

I. Öffentlicher Teil

1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
-----------	---	--

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein/e Einwohnerin oder Einwohner anwesend ist/sind.

2.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	235/2025
-----------	--	-----------------

Der Ausschussvorsitzende Herr Luster-Haggeney verpflichtet den Sachkundigen Bürger

- Thomas Lorenz

zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

3.	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung	236/2025
-----------	--	-----------------

Herr Luster-Haggeney erläutert die Vorlage. Wortmeldungen ergeben sich keine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Sachstandsbericht zu aktuellen Hochbaumaßnahmen**257/2025**

Herr Borgstedt stellt den Sachstandsbericht zu aktuellen Hochbaumaßnahmen mit Unterstützung einer Präsentation (Anlage 1) vor.

Zunächst beginnt er mit dem Sachstand zum Bevölkerungsschutzzentrum und teilt mit, dass aktuell die Vorplanungen erfolgen und das Team sich hierzu 14-tägig abstimmt. Ergänzend zeigt er Bilder der Planungen der Haustechnik. Die Belüftung sei derzeit für das Dach vorgesehen, da die ursprünglichen Ansätze nicht realisierbar seien. Er rechne Ende März 2026 mit einem Ergebnis der Entwurfsplanung und der damit verbundenen Kostenschätzung für die Baumaßnahme. Nach Vorstellung der Entwurfsplanung im „Ältestenrat“ und der Beratung in den Gremien erfolge dann der Einstieg in die weiteren Planungen.

Im Anschluss erfragt Herr Werdan (AfD) die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Nutzung der Räumlichkeiten und ob hierfür erforderliche Entertainmentvorrichtungen bereits bei den Planungen bedacht würden.

Herr Borgstedt führt daraufhin an, dass es sich bei dem Bevölkerungsschutzzentrum um eine Multifunktionshalle handle, die vorrangig dem Bevölkerungsschutz diene, aber umfangreiche Nutzungsmöglichkeiten biete.

Ergänzend merkt Herr Luster-Haggeney (CDU) an, dass Messen hierbei jedoch kritisch zu sehen seien, da im Falle eines Katastrophenfalles eine kurzfristige Nutzung nicht möglich sei und bei einer Messe womöglich erst ein umfangreicher Rückbau erfolgen müsse.

Auf Nachfrage von Herrn Thiel (B'90/Grüne), ob die Lüftungsanlage auch auf einem der eingeschossigen Gebäudeteile installiert werden könne, da die Fläche ursprünglich als Gründach geplant gewesen sei, kann Herr Borgstedt nur mitteilen, dass keine Alternative zur Verfügung stehe.

Zur Frage nach der Höhe des Gebäudes von Herrn Tentrup-Beckstedde (CDU) führt Herr Borgstedt an, dass die 7 - 8 m Höhe benötigt würden, da das Volumen u. a. für den erforderlichen Luftaustausch Voraussetzung sei.

Die Wärmeversorgung des Bevölkerungsschutzzentrums sei über die Einbindung des Notstromaggregats das Kreishaus abgesichert, so Herr Borgstedt auf die Rückfrage von Herrn Hütig (AfD).

Herr Borgstedt stellt im Anschluss die nächsten Schritte beim Projekt Neubau der Feuer- und Rettungswache in Ennigerloh vor. Das B-Plan-Verfahren sei abgeschlossen, jedoch sei seitens einer Kanzlei ein Normenkontrollverfahren beantragt worden. Eine Begründung eines Klägers gegen den B-Plan läge derzeit noch nicht vor, daher könne hierzu keine weitere Auskunft aktuell erteilt werden. Im Weiteren stellt er die nächsten Verfahrensschritte vor. Möglicherweise könne im März 2026 die Baugenehmigung erteilt werden. Der Kreis sei bei dem Projekt jedoch nicht Bauherr, sondern die Stadt Ennigerloh.

Herr Peitz erläutert aufgrund der Nachfrage von Herrn Luster-Haggeney (CDU), dass bei einem laufenden Normenkontrollverfahren gegen einen B-Plan dieser anzuwenden und eine Genehmigung zu erteilen ist, solange die Vollziehbarkeit eines B-Plans auf Antrag nicht verwaltungsgerichtlich außer Kraft gesetzt oder der B-Plan nicht aufgehoben wurde. Demnach könne planungsrechtlich nach Vervollständigung der Unterlagen eine Baugenehmigung erteilt werden. Es läge beim Bauherren, ob mit dem Bau begonnen werde.

Im Anschluss erläutert KD Dr. Funke die haushalterische Bereitstellung der finanziellen Mittel für das Projekt und die Möglichkeiten der Verschiebung bei Veränderungen des Bauzeitenplans aufgrund der Nachfrage von Frau Grunewald-Poch (B'90/Grüne).

Herr Borgstedt teilt mit, dass für den Neubau der Feuer- und Rettungswache in Sendenhorst zwischenzeitlich eine geeignete Fläche gefunden worden sei. Hier laufe derzeit das EU-Vergabeverfahren für die Objektplanung. Bis Ende März sollen die ersten Ideen und Entwürfe von 5 ausgewählten Bewerbern vorliegen und nach den Osterferien 2026 solle hierzu eine Entscheidung fallen. Bauherr sei auch hier die Stadt Sendenhorst und eine Jury werde über die Entwürfe entscheiden. Auch die Verkehrssituation werde in die Planungen mit eingebunden.

Zum Projekt an der Astrid-Lindgren-Schule in Beckum und dem Neubau der OGS teilt Herr Borgstedt mit, dass man mit dem Bauunternehmen sehr zufrieden sei und eine gute Zusammenarbeit bestehe.

KD Dr. Funke merkt ergänzend an, dass das Gebäude von der Stadt Beckum in der Vergangenheit gekauft worden sei und durch die gesetzlichen Regelungen zur OGS hier nunmehr der Neubau für den OGS-Bereich erforderlich geworden sei. Auch hier wurde für das Projekt eine Jury bei der Auswahl der Entwürfe eingebunden.

Auf die Nachfrage von Frau Lindstedt (SPD) zum Punkt Fördermittel führt KD Dr. Funke an, dass der Kreis 503.000 Euro an Förderung erhalte, da hier eine Deckelung greife. Es sei jedoch bereits ein Nachforderungsantrag gestellt.

Auch die Sporthalle auf dem Grundstück sei dringend zu sanieren. Aufgrund von Fördermöglichkeiten für Sportstätten wird auch hier eine Sanierung möglich sein. Die Förderquote würde bei 45 % liegen und entspräche einer Summe von ca. 425.000 €. Mit der Sanierung der Sporthalle sei der Standort dann komplett in einem guten Zustand. Bei den Baumaßnahmen versuche man Synergien zu nutzen, jedoch sei aufgrund der unterschiedlichen Förderkulissen hier nicht viel Spielraum. Die Baumaßnahmen zur Neugestaltung des OGS-Bereiches sei durch gesetzliche Vorgaben für den Kreis verpflichtend, das sei bei der Sporthalle nicht so. Um das Projekt näher vorzustellen, werde abgestimmt, ob eine der nächsten Sitzungen des Bauausschusses in Beckum stattfinden könne.

Zum Abschluss berichtet Herr Borgstedt noch über die Modernisierung der Notstromversorgung des Kreishauses. An der Modernisierung habe sich zudem die Polizei finanziell mit 80.000 € beteiligt und auch die Ladesäule der Dienstfahrzeuge sowie das Bevölkerungsschutzzentrum sei nunmehr mit Notstrom versorgbar. Sobald je-

doch Strom durch das Stromnetz wieder verfügbar sei, erfolge eine automatische Abschaltung der Notstromversorgung. Durch die Modernisierung sei somit für mehrere Tage ein Weiterbetrieb der gesamten Verwaltung gewährleistet.

In einer der nächsten Sitzungen solle im nicht-öffentlichen Teil der Vertrag zur Ems-Wärme beraten werden. Daran anschließend könne das Thema Notstromversorgung ebenfalls vertieft werden.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	Neubau Feuer- und Rettungswache Ennigerloh - Straßenbautechnische Erschließung - Vertrag zwischen Straßen.NRW, Stadt Ennigerloh und dem Kreis Warendorf	187/2025
-----------	--	-----------------

Herr Ottmann berichtet, dass der Kreis in Verhandlungen mit der Stadt Ennigerloh stehe, da der Kreuzungsbereich B 475 - K 23 aufgrund des Neubaus der Feuer- und Rettungswache Ennigerloh anzupassen sei.

Es war ein langer Abstimmungsprozess und eine Einigung läge mit der als Anlage übersandten Kreuzungsvereinbarung nunmehr vor. Die Unterlagen seien sehr umfangreich und würden alle Aspekte berücksichtigen, die bei einem solchen Projekt zu bedenken seien. Der Rat der Stadt Ennigerloh habe der Vereinbarung bereits in seiner letzten Sitzung zugestimmt.

Herr Hackelbusch führt ergänzend an, dass der Lückenschluss des Radweges entlang der Kreisstraße 23 bereits mit geplant werde und sich im Haushalt unter der Inv.-Nr. 26.66.005 wiederfinden lasse, mit dem Ziel der Realisierung in 2029. Der Radweg würde dann bis nach Buddenbaum weitergeführt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker (SPD) merkt Herr Hackelbusch an, dass die derzeit eingeplanten Mittel zunächst als Vormerkung dienen und bei Vorliegen einer konkreten Planung der Baumaßnahme anzupassen seien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Haushaltsplanberatungen 2026**234/2025**

Zum Einstieg in die Haushaltsplanberatungen 2026 wird zunächst der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion durch Herrn Beumker erläutert. Hier soll auf die angespannten Haushaltslagen der Gemeinden Rücksicht genommen werden.

KD Dr. Funke merkt dazu an, dass die durch den Antrag betroffenen Maßnahmen im Vorbericht auf Seite 61 aufgeführt seien und hier im Ausschuss drei Maßnahmen aus dem Bereich des Amtes 23 betroffen seien und im weiteren Verlauf Maßnahmen des Amtes 62 und 66. Das Thema Sitzungsmöbel sei durch die Kreistagsmitglieder angebracht worden und wurde daher im Haushalt mit aufgenommen.

Im Anschluss erläutern Herr Borgstedt, Herr Hinrichs und Herr Hackelbusch die Erforderlichkeit der Maßnahmen bzw. Beschaffungen. Sie verdeutlichen, dass eine komplette Streichung nicht möglich sei und stellen die möglichen Reduzierungen bzw. Verschiebungen in der Umsetzung vor. Es werde bei Ersatzbeschaffungen, soweit möglich, an Kosten gespart.

Herr Hackelbusch verdeutlicht, dass Fahrzeuge für die Straßenunterhaltung sehr hochpreisig seien und Alternativen geprüft würden. Durch steuerrechtliche Änderungen sei es schwierig geworden, sich mit den Städten auszutauschen oder Fahrzeuge zu leihen. Altfahrzeuge würden bestmöglich veräußert und der Gebrauchtfahrzeugmarkt stark umkämpft. In Zukunft solle auch wieder eine Kreisstraßenbereisung erfolgen, damit mögliche Problematiken sichtbar würden und auch neue Bauprojekte vorgestellt werden könnten.

Herrn Tentrup-Beckstedde (CDU) teilte mit, dass man sich als Fraktion an den Bauhöfen die Anforderungen an Geräte erläutern lassen wolle.

Die Anschaffung einer Mähraupe, die laut Herrn Hackelbusch als Ersatz für ein Balkenmähergerät sei und keinen zusätzlichen Rasenmäher darstelle. Diese Maßnahme sei arbeitsschutzrechtlich relevant und spare zugleich dauerhaft Kosten ein.

Im Anschluss an die Diskussion zu der 10%igen Kürzung aus dem Antrag der FWG-Kreistagsfraktion führen Herr Blömker (SPD), Herr Luster-Haggeney (CDU) und Herr Hagemann (B'90/Grüne) an, dass die vorgetragenen Argumente gegen eine Kürzung sprechen und nachvollziehbar seien.

Der Antrag wird von der FWG-Kreistagsfraktion aufrechterhalten und zur Abstimmung gestellt.

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.01.2026 „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen“

Antrag: Die Ausgabepositionen werden für das Haushaltsjahr 2026 um mindestens 10 % gekürzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 1 Nein 18 Enthaltung 0

Herr Tentrup-Beckstedde (CDU) erläutert den Antrag der CDU-Kreistagfraktion zur Bestuhlung des Sparkassenforums.

Nach ausführlicher Diskussion der anwesenden Fraktionen wird die Entscheidung über den Antrag auf die Sitzung des Kreisausschusses am 30.01.2026 vertagt.

KD Dr. Funke erläutert nunmehr den Hintergrund der umfangreichen Änderungslisten zum Haushaltsplan 2026. Grund seien die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre gewesen, die eine Vielzahl von Ermächtigungsübertragungen enthalten hätten. Dies solle in Zukunft durch Neuveranschlagungen verändert werden und zu einem Wandel in der Bewirtschaftung des Haushaltes führen. Die Listen dienen daher der Klarheit für den Haushaltsplan 2026.

Im Anschluss werden die Zahlen aus der Änderungsliste durch KD Dr. Funke erläutert. Der Haushalt stelle immer eine Ermächtigung für eine Anschaffung dar und solle die Höchstgrenze darstellen. Bei Einsparmöglichkeiten würde immer versucht, diese voll auszuschöpfen und Ziel sei es, die Ansätze zu unterschreiten.

Im Nachfolgenden stellen die anwesenden Amtsleiter anhand von Präsentationen ihren Teil des Haushaltes vor.

Herr Hinrichs beginnt und stellt die Aufgaben und Entwicklungen im Amt für Geoinformation und Kataster vor (Anlage 2). Auf die Rückfrage von Herrn Werdan (AfD), ob bei älteren Immobilien mit höheren Grundsteuern zu rechnen sei, merkt Herr Hinrichs an, dass die Grundsteuerbewertung sehr pauschal durch die Finanzverwaltung erfolge und nicht viele Werteeinflüsse berücksichtige. Bei der Berechnung der Immobilienrichtwerte würden sehr viel mehr wertrelevante Merkmale ermittelt.

Herr Peitz schließt sich mit einer Präsentation (Anlage 3) an und stellt die wesentlichen Eckpunkte des Bauamtes vor. Hierbei geht er auf die Punkte Windenergie, Digitalisierung und BauTurbo ein. Der Zubau der Windenergie gehe etwas moderater weiter. Im April 2026 wolle man mit dem digitalen Baugenehmigungsverfahren für Alle starten, derzeit laufe die Erprobung mit einzelnen Büros.

Herr Ottmann ergänzt, dass die Anfrage der FWG bereits im Digitalisierungsausschuss durch die Verwaltung beantwortet worden sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Thiel (B'90/Grüne) zur Zusammensetzung der Gebührenhöhe bei Windenergie stellt Herr Peitz klar, dass Gebühren nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung festzusetzen sind. Tatsächlich handele es sich bzgl. Aufwand und Gebühren im Querschnitt aller Genehmigungsverfahren um eine Mischkalkulation und würde es nicht 1:1 der Verwaltungsaufwand abgebildet werden.

Ergänzend merkt KD Dr. Funke an, dass der Haushalt keiner Kosten-Leistungs-Rechnung entspreche, aber dennoch Einnahmen und Ausgaben abgebildet würden. Im Bauamt seien nicht unerhebliche ungedeckte Aufwendungen vorhanden, die durch vereinnahmte Gebühren nicht zu decken seien. Die Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung gilt hier im Wesentlichen und gibt die Gebührenrahmen vor.

Herr Peitz merkt zudem an, dass der Effekt möglicher Personaleinsparungen durch Automatisierung die Digitalisierung zunächst voraussetzt.

Im Anschluss stellt Herr Hackelbusch anhand einer Präsentation (Anlage 4) den Aufbau des Sachgebietes Straßenbau im Amt für Umweltschutz und Straßenbau vor, sowie die geplanten Baumaßnahmen die im Haushalt 2026 abgebildet sind.

Auf die Nachfrage von Herrn Beumker (FWG) zu den Maßnahmen 26.66.005 und 20.66.004, die die Kreisstraße 18 im Raum Sassenberg betreffen, macht Herr Hackelbusch deutlich, dass für alle Kreisstraßen Zustandserfassungen durchgeführt werden und anhand dieser auch zukünftige Maßnahmen eingeplant würden.

Herr Luster-Haggeney (CDU) führt an, dass es für die Zukunft daher sinnvoll sei, eine Kreisstraßenbereisung mit den Mitgliedern des Bauausschusses zu planen.

Im weiteren Verlauf hinterfragt Frau Lindstedt (SPD) die Sanierung des Radweges entlang der K 3 / 6 in Alverskirchen in Bezug auf den angrenzenden Radweg der Stadt Münster. Herr Hackelbusch führt dazu an, dass die Stadt bislang ihren Teil des Radweges nur im Bereich der Decke saniert habe und die Stadt für weitere Ausbaumaßnahmen den Grunderwerb zunächst geklärt haben müsse. Der Kreis wolle das Projekt jedoch nicht von dem Fortschritt der Stadt Münster abhängig machen und bereits auf Kreisgebiet den Radweg sanieren. Die Sanierung erfolge in zwei Abschnitten und solle in 2026 abgeschlossen sein.

Als positive Maßnahme in Bezug auf Kosteneinsparungen benennt er zudem die Sanierung des Radweges entlang der K 3 Abschnitt 12 in Everswinkel. Hier konnte durch den Einsatz des Novocreteverfahrens ein Zeitgewinn von 3 Monaten realisiert und zeitgleich eine Kosteneinsparung erfolgen.

Die Nachfrage von Herrn Hagemann (B'90/Grüne), ob nach der Anwendung des Novocreteverfahrens bei einer erneuten Sanierung eine Wiederverwendung des Materials möglich sei, nimmt sich Herr Hackelbusch der Frage an und wird die Antwort dazu als Anlage zum Protokoll beantworten (Anlage 5).

Zum Abschluss zeigt Herr Hackelbusch noch eine Folie, die alle Baumaßnahmen an Kreisstraßen und Radwegen für das Jahr 2026 zusammenfasst.

Auf die Frage nach Erbbaupachtverträgen von Herrn Thiel (B'90/Grüne) erläutert Herr Hackelbusch, dass man derzeit hierzu erste Erfahrungen sammle. Es sei ein Vertragsmuster in Abstimmung mit dem WLV erarbeitet worden, jedoch bevorzuge man bislang den reinen Grunderwerb. Auch Tauschflächen stünden nur in den seltensten Fällen zur Verfügung.

Auf Fragen zu einzelnen Maßnahmen von Herrn Blömker (SPD) antwortet Herr Hackelbusch kurz und legt die Begründung für die zeitliche Einplanung im Haushalt dar.

Im Anschluss äußert Herr Hütig (AfD), dass er dem Entwurf des Haushaltsplanes für 2026 nicht zustimmen könne, da die Energiewende in Deutschland einen gravierenden Einfluss auf die Projekte des Kreises habe und er hinter den Baumaßnahmen an Kreisgebäuden stehe, aber nicht für dort parallel geplante Photovoltaikanlagen. Zu-

dem sei er gegen eine Umstellung auf Elektrofahrzeuge und den Einbau von Wärmepumpen, es sei denn, diese würden mit CO₂-freiem Strom betrieben. Auch zum Thema Windkraft äußert er sich kritisch.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17 Nein 2 Enthaltung 0

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 12:10 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Michael Ottmann
Dezernente für Bauen, Planung und Umwelt